

KRIEG IN DER GESCHICHTE
(KRiG)

HERAUSGEGEBEN VON
STIG FÖRSTER · BERNHARD R. KROENER · BERND WEGNER

BAND 49

KRIEGSERFAHRUNG UND NATIONALE IDENTITÄT
IN EUROPA NACH 1945

Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis

FERDINAND SCHÖNINGH
Paderborn · München · Wien · Zürich

Kriegserfahrung
und nationale Identität
in Europa nach 1945

Erinnerung, Säuberungsprozesse
und nationales Gedächtnis

Herausgegeben von
Kerstin von Lingen

2009
FERDINAND SCHÖNINGH
Paderborn · München · Wien · Zürich

Diese Arbeit ist im Sonderforschungsbereich 437 »Kriegserfahrungen, Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit« (Tübingen) entstanden und wurde auf seine Veranlassung unter Verwendung der ihm von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel gedruckt.

Titelbilder: »Ai Martiri della ferocia nazifascista« (Den Märtyrern der nazifaschistischen Grausamkeit), 1946. Tafel der Ausstellung »La resistance italienne« in Bordeaux, 1946/47. Original: Istituto nazionale per la storia del movimento di liberazione in Italia, Mailand, abgedruckt in: Pierluca Azzarro, »Italien: Kampf der Erinnerungen«, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen*. Mainz: Philipp von Zabern 2004, S. 348.

Hintergrund: Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1945/46, Anklagebank (Photo undatiert. Bundesarchiv Koblenz, Sign. 183-V01032-3).

Historisches Seminar
der Universität Heidelberg
GE-09-0543

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Einband: Evelyn Ziegler, München

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem und alterungsbeständigem Papier © ISO 9706

© 2009 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany. Herstellung: Ferdinand Schöningh, Paderborn

ISBN 978-3-506-76743-1

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----|
| Vorwort zur Reihe | 9 |
| Kriegserfahrung und die Formierung nationaler Identität in Europa nach 1945: Eine Einführung Von <i>Kerstin von Lingen</i> | 11 |
| Unschuldige Mythen: Gründungsmythen und Nationsbildung in Europa im 19. und 20. Jahrhundert Von <i>Dieter Langewiesche</i> | 27 |
| Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft: Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit Von <i>Aleida Assmann</i> | 42 |
| Transitional Justice: Alliierte Kriegsverbrecherprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa Von <i>Wolfgang Form</i> | 52 |
| Future Conditional: The U.S. and its Past Von <i>Richard Ned Lebow</i> | 74 |
| Besiegte Sieger: Ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkriegs in der UdSSR und in Russland Von <i>Andreas Hilger</i> | 92 |
| British War Crimes Policy 1945-1957 between Realpolitik, Culture and National Identity Von <i>Donald Bloxham</i> | 111 |
| Strafrechtliche Abrechnung als Medium gesellschaftlichen Wandels? Bundesrepublik und DDR Von <i>Annette Weinke</i> | 132 |
| Hitlers erstes und letztes Opfer? Zwischen »Anschluss« und Auschwitz-Prozess: Zum Umgang Österreichs mit seiner NS-Vergangenheit Von <i>Sabine Loitfellner</i> | 150 |
| Luxemburg – Zwangsrekrutiert ins Großdeutsche Reich. Luxemburgs nationale Identität und ihre Prägung durch den Zweiten Weltkrieg Von <i>Peter M. Quadflieg</i> | 170 |
| Kriegsdeutungen und gesellschaftliche Transformation: Wehrmacht-ikonen, Sinnstiftung und soldatische Identitäten in Westdeutschland Von <i>Oliver von Wrochem</i> | 189 |

To me, the Living History project remain an example of diplomatic discourse, directed not just to the nation, but an effort to influence also an international audience. The recent state interest in Holocaust memory in Sweden is thus a development of the traditional neutrality policy, not a break with the past. As usual, the government recalls its weakness during the Second World War. The neutrality negotiated in the 1930's and the 1940's, the concessions and the turn to activism in favour of Jewish refugees represent events that remain constitutive parts of the Swedish state memory.

In conclusion, as demonstrated by my study of Swedish state memory concerning the wartime diplomacy, the Baltic affair and the Living history project: the small state realism is neither principled nor merely opportunistic – it is negotiated.

Aktivdienst, Wirtschaftsbeziehungen, Holocaust

Etappen der schweizerischen Erinnerungskultur nach 1945

Von

THOMAS MAISEN

Der Schweizer Bundespräsident Paul Chaudet, zugleich Chef des eidgenössischen Militärdepartements, verfasste 1960 das Vorwort zu einem voluminösen Buch über die *Schweiz im Zweiten Weltkrieg*.¹ Seine Worte fassten Kernelemente der offiziellen, aber auch privaten Kriegserinnerung im Land zusammen.

1. Das Buch ermögliche es, »über unsere Daseinsberechtigung als Staat und über die zeitlosen Grundlagen unserer Geschichte Rechenschaft zu geben«. Dafür seien stets Nationalgefühl und Verteidigungswillen grundlegend gewesen. Chaudet verstand also den Weltkrieg als paradigmatisches Ereignis einer in der Substanz ewigen Nationalgeschichte.
2. Die Lehren aus den Kriegsjahren seien die Bedeutung der Einigkeit, das Vertrauen des Volks in die kluge und entschlossene »Voraussicht seiner Staatsführung« und seine enge Bindung zur Armee, personifiziert in »der menschlich so überragenden Persönlichkeit des Generals Guisan«, dem Oberbefehlshaber der Kriegsjahre. Diese standen also für eine Phase der nationalen Kohäsion und den politischen wie militärischen Erfolg: die Wahrung der Unabhängigkeit.
3. Die Schweizer müssten sich auf einen dritten Weltkrieg vorbereiten, die reale Gefahr aber nicht vergrößern, indem bei den Verteidigungsanstrengungen nachgelassen werde: »Für uns bleibt die einzige gültige Haltung diejenige der vollen Wachsamkeit.« Die Erinnerung an den vergangenen Krieg sollte also unmittelbar in die Gegenwart wirken und die Bereitschaft für den nächsten formen.

Der Zweite Weltkrieg war für die Schweizer zwar ein markanter und oft unerfreulicher biographischer Einschnitt. Aber er stellte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ganz besonders aber im Geschichtsbild und Selbstverständnis keinen Bruch dar. Vielmehr zeichnete Kontinuität bereits den Schweizer Übergang von der Kriegs- in die Nachkriegszeit aus. Selbstverständlich wurde das Kriegsende mit Erleichterung aufgenommen: Die außenpolitische Bedrohung fiel weg, die monatelangen Militärdienste zur Bewachung der Grenze nahmen ein Ende, man konnte hoffen, dass sich die Grenze öffnen und die Versorgungslage sich bessern, insbesondere die Rationierung aufgehoben würde (was noch eine Weile dauern sollte). Doch es schien keinen Anlass zu geben, Grundlegendes zu

¹ Hans Rudolf Kurz, *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Das große Erinnerungswerk an die Aktivdienstzeit 1939-45*, Thun 1960, S. 7.

ändern. Das parlamentarische und direktdemokratische System, begründet in den Verfassungen von 1848 und 1874, hatte die Jahre der nationalsozialistischen Bedrohung insgesamt intakt überstanden, trotz problematischen, aber im Allgemeinen akzeptierten Einschränkungen im Rahmen des Vollmachtenregiments des Bundesrats (Exekutive). Dieses Notrecht wurde nach Kriegsende allmählich außer Kraft gesetzt, blieb aber in einigen Erlassen bis 1952 bestehen; symbolträchtig war hierbei eine Volksinitiative über die »Rückkehr zur direkten Demokratie«, die 1949 äußerst knapp angenommen wurde.

In anderen Bereichen waren entscheidende Weichenstellungen schon in den letzten Kriegsjahren vorgenommen worden: Mit Ernst Nobs wurde 1943 erstmals ein Sozialdemokrat Bundesrat, und Ende 1944 trat der freisinnige Außenminister Marcel Pilet-Golaz zurück. Grund dafür war die gescheiterte Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion, die seit dem Landesstreik von 1918 unterbrochen waren. Pilet-Golaz als langjähriger Exponent des Antibolschewismus entpuppte sich als Hindernis für die Annäherung an den Kriegssieger, als Stalin die schweizerischen Sondierungen barsch zurückwies. Die 1943/44 erfolgte personelle Umbesetzung des Bundesrats war und blieb symptomatisch für die schweizerische Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg. Einerseits führte Kritik aus dem Ausland eher widerwillig zum Nachdenken und zu Reaktionen, die als Konzession verstanden wurden. Innenpolitisch dagegen bildete die gemeinsame Erfahrung der Bedrohung zwischen 1933 und 1945, in der sich die Sozialdemokraten in bürgerlicher Sicht als vaterländische Kraft »bewährt« hatten, die Grundlage für die Weiterentwicklung der Konsensdemokratie hin zur sogenannten Zauberformel: Je zwei Vertreter der (liberalen) Freisinnigen Partei (FDP), der (konservativen) Christlichen Volkspartei (CVP) und der Sozialdemokratie sowie ein Vertreter der agrarischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) bildeten von 1959 bis 2003 den siebenköpfigen Bundesrat. Symbolisiert wurde der neue, parteien-, klassen-, konfessions- und generationenübergreifende Konsens durch zwei Gesetze, die am 6. Juli 1947 in einer Volksabstimmung angenommen wurden: die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) und der Wirtschaftsartikel. Diese Mischung aus Korporatismus und Sozialstaat blieb für die zweite Jahrhunderthälfte wegweisend, gründete aber bereits im nationalen Schulerschluss der Dreißiger Jahre und der Schicksalsgemeinschaft im Krieg.

Die erstaunliche Langlebigkeit der schweizerischen großen Koalition beruhte also nicht nur auf den Konsenszwängen des schweizerischen politischen Systems und auf der Möglichkeit, in einem prosperierenden Land steigende Staatseinnahmen zu verteilen. Bis 1986/87, als vier zwischen 1924 und 1927 geborene Bundesräte zurücktraten, wirkten in der Landesregierung Männer, die durch die Kriegsjahre entscheidend geprägt worden waren. Sie gehörten der sogenannten »Aktivdienstgeneration« an, womit die Soldaten in einer voll mobilisierten Milizarmee gemeint waren, die in mühsamen Militärdiensten während sechs Jahren die Landesgrenzen bewachten; aber im weiteren Sinn auch die Frauen, die mit rationierten Gütern und Mehrarbeit die Familien über die Runden brachten. Diese Menschen, die den Krieg als subalterne Verantwortungsträger noch miterlebt hatten, prägten in den unterschiedlichsten Funktionen Staat und Gesellschaft bis um 1990.

Die Aktivdienstgeneration dominierte in dieser Zeit auch das schweizerische Geschichtsbild. Sie stellte die führenden, auch international anerkannten Zeit-historiker wie Edgar Bonjour oder Walther Hofer. Daneben blühte das populäre Gedenken wie in dem eingangs erwähnten Buch, das im Untertitel als »großes Erinnerungswerk an die Aktivdienstzeit« ausgewiesen wurde. Dessen Herausgeber, Hans Rudolf Kurz, wahrte in vielen Publikationen gleichsam Guisans Erbe, der in seinem Tagesbefehl zum Kriegsende den Soldaten für Widerstandswillen, Wachsamkeit und die vielen Opfer gedankt hatte: »Die Früchte dieser Anstrengungen, Erfahrungen und Prüfungen dürfen nicht verlorengehen. ... Übergebt der kommenden Generation Eure Tapferkeit, Eure Treue und Euer Pflichtbewußtsein, denn Ihr vor allem seid die Wächter unserer Heimat.«² Dieser Aufforderung wurde wohl am nachhaltigsten durch die mündliche Überlieferung nachgelebt: Die Angehörigen der Aktivdienstgeneration erzählten gefragt oder ungefragt ihre Erinnerungen an die Jahre der Bedrohung seit 1933. In anderen Ländern waren diese Narrative mit Tabus durchsetzt, die bis zum kollektiven Beschweigen führen konnten. Solche Tabus störten die Schilderung der Aktivdienstenerlebnisse kaum. Sie fußte darauf, dass der weitaus größte Teil der Bevölkerung sich geeint gefühlt hatte bei der Abwehr des einzigen realistischen Gegners – zuerst geistig der NS-Ideologie, dann militärisch der Achse, welche die Schweiz bis auf eine Lücke bei Genf vollständig umschloss. Die Überzeugungskraft dieser kollektiven Erinnerung blieb so lange ungebrochen, weil sie Sinn stiftete für die vielen individuellen Entbehrungen, die gerechtfertigt wurden durch das kollektiv erreichte hohe Ziel. So findet sich in der Erinnerungsliteratur, etwa beim Metzger Hans Meister, die Klage über einen sadistischen Vorgesetzten neben größtem Selbstbewusstsein: »Wir waren bis zum Explodieren motiviert. ... Ich kann dir sagen, die Deutschen hätten sich total verrechnet. ... Der Aufwand dafür, die Schweiz zu erobern, wäre viel zu gross gewesen, absolut.«³ Etwas nüchterner, aber grundsätzlich ähnlich erinnerte sich Max Frisch 1973: »Ich habe mich damals nie gefragt: Wird unsere Armee kämpfen? Kein Zweifel damals. ... es würde gekämpft. Das bedurfte keiner Verlautbarungen; eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der Schweizergeschichte ergab.«⁴

Die schon vor Kriegsausbruch in der sogenannten »geistigen Landesverteidigung« und dann im militärischen Aktivdienst manifestierte Kampfbereitschaft einerseits und die im Frühjahr 1940 kaum erwartete Verschonung des Landes andererseits verschmolzen in der Rückschau zu einer Kausalität: Weil die Schweizer zum Widerstand gerüstet gewesen waren, hatte Hitler sie nicht angegriffen. Dieses Vertrauen in die eigene Wehrtüchtigkeit erleichterte nicht nur die Bemühungen, im Kalten Krieg die Rüstungen und Mühsale einer Milizarmee damit zu legitimieren, dass sie selbst einer atomaren Supermacht widerstehen können würde. Die »erfolgreiche« – mit Anführungszeichen, weil

² Hans Rudolf Kurz, Dokumente des Aktivdiensts, Frauenfeld 1965, S. 153.

³ Susanna Schwager, Fleisch und Blut. Das Leben des Metzgers Hans Meister, Zürich 2004, S. 144.

⁴ Max Frisch, Dienstbüchlein, Frankfurt a. M. 1974, S. 67f.; vgl. aber auch die skeptischere Rückblende etwa auf S. 90f., 152f.

der Erfolg ohne jedes Zutun Schweizer Soldaten zustande kam – Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus fügte sich auch nahtlos in die Erfolgsgeschichte eines »Sonderfalls« ein, wie sie schon früher geschrieben worden war und es bis heute weiter wird:⁵ staatliche und weitgehend auch territoriale Kontinuität seit dem Spätmittelalter, keine Verwicklung in äußere Konflikte seit 1815, keine Bürgerkriege oder Revolutionen seit 1847, und all dies, obwohl (oder weil) verschiedene Sprachgruppen, Konfessionen und Kulturen auf engstem Raum nebeneinander leben. Selbst die beiden Weltkriege mit ihren Appellen an die Solidarität von (Sprach-)Nationen hatten dieses Gebilde nicht gesprengt, sondern es vielmehr bestärkt. Besonders der Zweite Weltkrieg, anderswo ein Trauma aus Schwäche und Niederlage, Verrat, Kollaboration und Völkermord, wurde für die Schweizer im Rückblick zu einer bestandenen militärischen und politischen Bewährungsprobe, zu einem Denkmal für die ewige Neutralität, zu einem Endpunkt für das Landesstreiktrauma am Ende des Ersten Weltkriegs, zum Anfang der konsensdemokratischen Zauberformel. Die schweizerische Deutung der Weltkriegsjahre unterschied sich damit vom – in mancher Hinsicht ähnlichen – Mythos der Résistance in ihren zahlreichen nationalen Varianten in einer entscheidenden Hinsicht: Sie brauchte nicht die eigene Erfahrung von Niederlage, Demütigung, Leichenfeldern und offensichtlicher Mitschuld zu verarbeiten. Angesichts der Nöte im übrigen Europa konnte Bundespräsident Eduard von Steiger in seiner Neujahrsansprache 1945 erklären: »Wir wissen, dass wir uns nichts vorzuwerfen haben«, um die Verdienste der eigenen Neutralitätspolitik zu betonen.⁶ Die Schweizer sahen sich bestätigt als auserwähltes Volk in einem säkularen Sinn, als einen Sonderfall, der sich nur aus der Geschichte erklären ließ. Deshalb war die populäre und akademische Historiographie auch stets so wichtig, um die »Willensnation« jenseits ihrer ethnischen, sprachlichen und konfessionellen Heterogenität zu erfassen.

In diesem Geschichtsbild wurden die schweizerischen Anhänger der faschistischen Regime, die es selbstverständlich gegeben hatte, nicht ausgeklammert. Sie ließen sich aber relativ problemlos als einige wenige »Gefallene« in einem Heer von Kampfbereiten ansehen, da »sich das Schweizervolk ... vor die Frage »Anpassung oder Widerstand?« gestellt, für den Widerstand entschieden« habe.⁷ Diese von Alice Meyer nachträglich auf den Begriff gebrachte Alternative ordnete die Kriegserinnerung: Die Öffentlichkeit sah sich mit einigen Kollaborateuren konfrontiert, nicht aber mit Kollaboration.⁸ Tatsächlich hatte insgesamt nur ein Vertreter der faschistischen »Fronten« während bloß einer Legislaturperiode, von 1935 bis 1939, im nationalen Parlament Einsitz genom-

⁵ Vgl. Paul Widmer, *Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen, Geschichte, Gestaltung*, Zürich 2007.

⁶ Zitiert nach Ruedi Brassel-Moser, »Das Schweizerhaus muss sauber sein«. *Das Kriegsende 1945 im Baselbiet*, Liestal 1999, S. 37.

⁷ Alice Meyer, *Anpassung oder Widerstand? Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus*, Zürich 1967, S. 216.

⁸ So Luc van Dongen, *La Suisse aux prises avec la Seconde Guerre mondiale, 1945-1948. Histoire, mémoire et politique*, Genf 1997, S. 233.

men. Dies war ein Indiz neben vielen anderen dafür, dass die Schweizer Bevölkerung, auch die Eliten, den Nationalsozialismus großmehrheitlich schon in den 1930er Jahren abgelehnt hatten. Der Führergedanke und die völkische »Blut und Boden«-Ideologie widersprachen dem demokratischen und föderalistischen Viervölkerstaat grundsätzlich. Wie viele diese Überzeugung auch unter deutscher Besatzung vertreten hätten, war eine Prüfung, die den Schweizern erspart blieb.

Im Zeichen der gemeinsam überstandenen Gefahr unterblieb nach 1945 vor allem im wirtschaftlichen, aber auch im politischen oder militärischen Bereich in der Regel die Frage, wer den Achsenmächten und ihren Exponenten unnötige Konzessionen, bereitwilliges Entgegenkommen oder kriminelle Dienste erwiesen hatte.⁹ Eine der wenigen Ausnahmen war der erwähnte Außenminister Pilet-Golaz, der seit einer Radioansprache am 25. Juni 1940, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, als Anpasser galt; insofern war sein Rücktritt zwar außenpolitisch erzwungen, aber innenpolitisch weithin willkommen. Als Bundespräsident hatte er im Herbst 1940 auch eine Delegation schweizerischer Nazis empfangen, die den Anschluss an das Großdeutsche Reich forderten. Doch selbst harsche Kritiker wie Edgar Bonjour erkannten in der Rückschau bei Pilet-Golaz die »Echtheit eines heissen vaterländischen Temperaments, der volle Einsatz seiner Kräfte für die Unabhängigkeit der Schweiz«.¹⁰ Erst recht machten jüngere Rehabilitationsversuche den Patriotismus zum Kriterium, an dem Pilet-Golaz (sowie andere problematische Bundesräte wie von Steiger) gemessen und für gut befunden werden sollten.¹¹ Selbst die nicht unbedeutende germanophile Fronde in der Armee, die wiederholt und sogar in Zusammenarbeit mit deutschen Behörden gegen den Oberbefehlshaber Guisan intrigiert hatte, wurde nach 1945 nicht weiter belangt, nachdem einzelne Angehörige – wie Korpskommandant Ulrich Wille jun. oder der Generalstabsoffizier Gustav Däniker, der 1940 die Eingliederung der Schweiz in das »Neue Europa« gefordert hatte – bereits im Krieg entlassen und die anderen im Militärdienst den Tatbeweis erbracht hatten, dass sie es mit der Landesverteidigung doch ernst meinten.

Die überwiegende Mehrheit der Funktionsträger wurde so bei Kriegsende dem »erfolgreichen Widerstand« zugerechnet, während eine klar begrenzte Zahl von – so erneut Bundespräsident von Steiger in einer Radioansprache zum Kriegsende am 8. Mai 1945 – »Untreuen und Verrätern« öffentlich bloßgestellt wurde.¹² Fast einhellig war die Empörung gegenüber den 17 Landesverrätern,

⁹ Aufsehen erregte etwa die Affäre um die Kontakte von Roger Masson, des Chefs des Nachrichtendienstes, zu einem SS-General, vgl. Pierre-Th. Braunschweig, *Geheimer Draht nach Berlin. Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1989.

¹⁰ Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik*, Bd. 5, Basel 1970, S. 450.

¹¹ Georges-André Chevallaz, *Die Herausforderung der Neutralität*, Zürich 1996, S. 249-255; vgl. auch Erwin Bucher, *Zwischen Bundesrat und General. Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg*, St. Gallen 1991.

¹² Hans Ulrich Jost, *Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938-1948*, Zürich 1998, S. 169; vgl. zum Folgenden auch Georg Kreis, *Die Entnazifizierung der Schweiz*, in: ders., *Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze*, Bd. 2, Basel 2004, S. 305-321.

darunter ein Major und ein Oberleutnant, die wegen – zum Teil geringer – Spionagevergehen in den Kriegsjahren erschossen worden waren.¹³ Auf die rund 500 (von ursprünglich 800) Schweizer Freiwilligen in der Waffen-SS, die den Krieg überlebt hatten, wartete soziale Ächtung und ein Militärstrafgericht wegen unerlaubter Dienste für eine fremde Macht.¹⁴ Gleich nach Kriegsende erkundigte sich eine parlamentarische Motion über die »Umtriebe ausländischer und vom Ausland abhängiger antidemokratischer Organisationen und Personen«. Die Formulierung war bezeichnend, richtete sie sich doch gegen »Unschweizerisches«, 2500 Sympathisanten der Achse, zu einem großen Teil Deutsche, wurden aus der Schweiz ausgewiesen. Gleichzeitig wurden die Namen bekanntgegeben, die hinter der »Eingabe der Zweihundert« gestanden hatten. Die tatsächlich bloß 173 Unterzeichner aus dem rechtsbürgerlichen, nationalistischen und germanophilen Milieu hatten 1940 vom Bundesrat verlangt, die »internationalistische« Presse »auszumerzen«, prominente antifaschistische Amtsträger zu entlassen und mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten. Einige Kompromittierte verloren ihre Stelle oder politischen Ämter, andere zogen sich aus der Öffentlichkeit zurück; bei den meisten hatte es, wenn überhaupt, mit sozialer Ächtung sein Bewenden.¹⁵

Die »Eingabe der Zweihundert« hatte nicht zuletzt auf bürgerliche Leitmedien (Neue Zürcher Zeitung, Bund, Basler Nachrichten) gezielt. Die Nachsicht unter den politischen Eliten gegenüber den »Anpassern« stieß in dieser Frage an die Toleranzgrenze, weil der Versuch unternommen worden war, angesichts der äußeren Bedrohung die innere Machtbalance im bürgerlichen Lager grundlegend zu verschieben.¹⁶ Die andere Todsünde hatte begangen, wer als Teil der »fünften Kolonne« die Unabhängigkeit des Landes gefährdet oder den Anschluss an ein großgermanisches Reich befürwortet hatte. Solche ideologisch motivierten Organisationen waren marginal geblieben und hatten zumeist von Deutschland aus operiert; ihre Exponenten gehörten auch nicht den Eliten an. Das Bundesgericht verurteilte 34 Angeklagte zu Strafen bis zu sechs Jahren und 24 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von bis zu 20 Jahren, da sie gegen Artikel 266 des Strafgesetzbuchs verstoßen und die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gefährdet hatten. Die zwölf Angeklagten, derer man habhaft wurde, so etwa Franz Burri oder Max Leo Keller, wanderten ins Gefängnis.¹⁷

¹³ Peter Noll, Landesverräter. 17 Lebensläufe und Todesurteile, 1942–1944, Frauenfeld/Stuttgart 1980.

¹⁴ Linus Reichlin, Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Schweizer in der Waffen-SS, in deutschen Fabriken und an den Schreibtischen des Dritten Reiches, Zürich 1994.

¹⁵ Vgl. hierzu Gerhart Waeger, Die Sündenböcke der Schweiz. Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940–1946, Olten 1971; auch Brassel-Moser, Schweizerhaus (Anm. 6).

¹⁶ Vgl. hierzu Herbert Lüthy, Die Disteln von 1940, in: ders., Essays, Bd. II, Zürich 2004, S. 298–321, hier 312f.

¹⁷ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, 30. November 1948, Bundesblatt 1948, Bd. 3, S. 997–1073. Zu den Genannten vgl. auch Walter Wolf, Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz, 1930–1945, Zürich 1969; Hans Stutz, Frontisten und Nationalsozialisten in Luzern 1933–1945, Luzern 1997.

In der schweizerischen Wahrnehmung beschränkte sich das Problem nach 1945 also darauf, diejenigen Mitbürger zu identifizieren, die mit dem unheimlichen Ausland konspirierten – sich also »unschweizerisch« benommen oder, etwas harmloser, in einem »Irrgarten« befunden hatten.¹⁸ Wenig Anklang fanden hingegen vereinzelte Versuche auch von liberaler Seite, die ständestaatlichen Sympathien namentlich der Katholisch-Konservativen aufzugreifen – also die ideologische Nähe insbesondere zu den österreichischen, italienischen oder iberischen Faschisten zum Kriterium für »Anpassung« zu machen.¹⁹ Wer sich, wie der Journalist Peter Surava, in dieser Hinsicht allzu stark exponierte, wurde marginalisiert, wobei sich dessen Gegenspieler im Bundesrat auch unfeiner Mittel bedienten.²⁰ Ein charakteristischer Teil davon war die Einordnung Suravas als Linksextremist, denn der Antikommunismus wurde die einigende Klammer der Nachkriegsgesellschaft. Spätestens mit dem kommunistischen Putsch in der Tschechoslowakei legte sich auch die Sozialdemokratie klar auf diesen Kurs fest, der die Abwehr des roten Totalitarismus als gebotene Fortsetzung des Kampfes gegen den braunen Totalitarismus verstand: Moskau löste Berlin als Bedrohungsbild ab oder nahm vielmehr wieder den Platz ein, den es – allerdings in erheblich größerer räumlicher Distanz – bereits in der Zwischenkriegszeit eingenommen hatte.

Kontinuität herrschte also, zumindest in bürgerlichen Kreisen, in der außenpolitischen Abgrenzung mit ihren innenpolitischen Implikationen. Die erwähnte Motion gegen »antidemokratische Organisationen und Personen« richtete sich konsequenterweise auch gegen Linksextremisten, über die ein eigener Teilbericht verfasst wurde. Er endete mit dem Hinweis auf »ideologische Abhängigkeit«, die »Ausrichtung ihrer Taktik nach internationalen Richtlinien« und die »Unterstützung ausländischer Interessen zum Nachteil der Schweiz«: »Solche Verbindungen mit dem Auslande bilden für unsere Staatssicherheit ähnliche Gefahren wie früher die Beziehungen der rechtsextremistischen Gruppen zum Ausland.«²¹ Die »unschweizerischen« Kommunisten blieben außerhalb des »vaterländischen« Grundkonsenses, der die Unabhängigkeit des Landes als höchsten Wert ansah und die Neutralität als indiskutables Mittel dazu – eine Neutralität, die der Anhänger einer ausländischen Partei ja gar nicht vertreten konnte. Zwar kannte die – nach dem 1940 erfolgten Verbot der KP – 1944 unter dem Namen Partei der Arbeit (PdA) neu gegründete Kommunistische Partei bei Kriegsende einige politische Erfolge, doch im aufziehenden Kalten Krieg war sie rasch als »Partei des Auslands« diskreditiert.

¹⁸ Das zeitgenössische Zitat des Journalisten Ernst Schürch vom »helvetischen Irrgarten« bei Jost, Politik (Anm. 12), S. 170; vgl. auch »des trublions et des dévoyés« bei einem anderen Journalisten, Pierre Béguin, zitiert in Luc van Dongen, La mémoire de la Seconde Guerre mondiale en Suisse dans l'immédiat après-guerre (1945–1948), in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 47 (1997), S. 709–729, hier S. 721.

¹⁹ Vgl. Paul Schmid-Ammann, Der politische Katholizismus (Schriftenreihe der »Nation«, Bd. 1), Chur 1945.

²⁰ Peter Hirsch, Er nannte sich Peter Surava, Stäfa 1995.

²¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945 (Motion Boerlin), Dritter Teil, 21. Mai 1946, Bundesblatt 1946, Bd. 2, S. 212–271.

Die PdA war allerdings nicht nur als »fünfte Kolonne« der Sowjetunion verdächtig, sondern teilte zumindest bei einer Gelegenheit auch den Standpunkt der Westalliierten. Diese zitierten im Frühjahr 1946 die Schweiz nach Washington, um sich dafür zu rechtfertigen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) im Krieg – und zuletzt im April 1945 – von der Reichsbank Gold im Wert von insgesamt 1,2 Mrd. Franken (etwa 290 Mio. \$) erworben hatte. Spätestens seit 1942 wusste das Direktorium der SNB, dass es sich dabei um Raubgold vor allem der belgischen und niederländischen Nationalbanken handelte. Davon verlautbarte jedoch gegenüber der Öffentlichkeit und den Alliierten nichts, so dass die Schweizer Delegation in Washington dank zäher Verhandlungsführung nur in eine Zahlung von 250 Millionen Franken einwilligen musste. Diese vermeintlich hohe Summe wurde in der Schweiz weithin als Erpressung gedeutet und passierte im Parlament nur nach heftiger Gegenwehr. Die PdA stand völlig isoliert da, als sie die Goldkäufe als Hehlerei bezeichnete. Die Tatsache, dass der Sozialdemokrat Nobs nun als erster Bundesrat an der Spitze des Finanzministeriums stand, welches das SNB-Direktorium deckte, illustriert, wie sich die Politiker in Bezug auf die Kriegsvorgänge über die Parteigrenzen hinweg als Schicksalsgemeinschaft verstanden.

Das Kriegsende hatte also zu einem »kurzen Frühling der Erinnerung« geführt, und einige kritische Zeitgenossen erwarteten durchaus einen Schock bei der Konfrontation mit der Welt draussen.²² Doch eine Katharsis gab es nur in Ansätzen, etwa in den Spannungen zwischen der Regierung und General Guisan, dessen Bericht über den Aktivdienst eine Gegendarstellung des Bundesrats provozierte. Die Gegenüberstellung von »unnachgiebigem General« und mindestens zum Teil (nicht nur Pilet-Golaz) »schwankendem Bundesrat« prägte zwar in den kommenden Jahrzehnten die Historiographie, die – so auch der kanonische Bonjour – in ihrer Ausrichtung auf den militärischen Widerstand Guisan favorisierte. Angesichts der alten und neuen Bedrohung durch totalitäre Regime und mit Blick auf deren immense Verbrechen wollte aber auch die gemäßigte Linke nicht in der Schweizer Vergangenheit wühlen. Die Kommunisten blieben völlig isoliert mit ihrem Ruf nach politischer Säuberung, weil Regierung und herrschende Klasse profaschistisch gewesen seien.²³ In dieser Konstellation wurden viele Problemkreise der Kriegsjahre nicht oder jedenfalls kaum öffentlich angesprochen: der nicht immer gutgläubige Verkauf bezie-

²² Vgl. etwa die Einschätzung von Herbert Lüthy im Herbst 1944, in: ders., Fünf Minuten nach zwölf. Die »Kleine Wochenschau« des St. Galler Tagblatts von September 1942 bis Dezember 1944 sowie vier Schlussbetrachtungen = Gesammelte Werke, Bd. 1, Zürich 2002, S. 394: »Wir haben uns schlecht und recht durchgewurstelt, und die Kosten dieses Daseins extra humanitatem blieben dank der hochgeheimen Vertraulichkeit, in der unsere Aussenpolitik vor sich ging, unbekannt, so dass unser verblüffendes Sonderschicksal als unzweideutiges Verdienst erscheinen musste; es gab eine schweizerische Innenpolitik, und es gab eine Weltpolitik, aber zwischen beiden gab es im schweizerischen Bewusstsein keine Verbindung. Es ist schwer möglich, dass der Kontakt ohne heftigen Schock wieder hergestellt wird.« Für den »Frühling« Aram Mattioli, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz, Zürich 1994, S. 291.

²³ Van Dongen, Suisse (Anm. 18).

ungsweise Erwerb von Raubkunst²⁴; der Transfer von geraubten Vermögensgütern in oder über die Schweiz²⁵; Unterstützung beim Transit oder heimlichen Asyl von rund 500 NS-Funktionären in der Schweiz²⁶; und die Lieferungen von Kriegsmaterial und strategischen Gütern an die Achse, deren Konsequenzen mit dem Bonmot verdrängt wurden, man habe an sechs Tagen der Woche für die Deutschen gearbeitet und am siebten Tag für den Sieg der Alliierten gebetet.²⁷ Der gesamte wirtschaftliche Austausch, den die Schweizer durch die sogenannte »Clearing-Milliarde« subventionierten, wurde als widerwillig zugestandene, aber unvermeidliche Konzession dargestellt, die das rohstoffarme kleine Land den Diktatoren habe gewähren müssen, die es aggressiv umringten.

Langfristig besonders folgenreich waren die Unterlassungssünden im Bereich des Finanzplatzes, nicht nur hinsichtlich des erwähnten Handels mit Raubgold, sondern auch bei den nachrichtenlosen Vermögen.²⁸ Die Schweizer Banken suchten nicht nach Lösungen für die Fälle, in denen die jüdischen Inhaber von Konten auf Schweizer Banken verschollen – also vermutlich ermordet worden – waren. Im Gegenteil: Erben, die ohne die nötigen Unterlagen (Sterbescheine) erschienen, wurden ohne Rücksicht auf die völlig außerordentlichen Umstände des Völkermords Informationen über den Nachlass und erst recht der Zugriff darauf verwehrt. Eine aktive Suche nach möglichen Erben unterblieb ohnehin. Gegen Bemühungen vor allem von jüdischen Persönlichkeiten und Organisationen wählte die Bankvereinigung bewusst den dilatorischen Weg, um sich keine Präzedenzfälle und unerwünschte Verpflichtungen gegenüber Kunden aufzuhalten. Nachdem der Druck auch aus dem Bundesrat vorübergehend sehr stark wurde, wählte man schließlich 1962 gleichwohl den Ausweg eines Meldebeschlusses: Vermögensverwalter mussten einer staatlichen Meldestelle Vermögenswerte angeben, »deren Eigentümer ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose sind, von denen seit dem 9. Mai 1945 zuverlässige Nachrichten fehlen und von denen man weiss oder vermutet, dass sie Opfer rassistischer, religiöser oder politischer Verfolgung wurden«.²⁹ Die Banken, die keine ernsthaften Sanktionen zu gewärtigen brauchten, interpretierten diese Kriterien aber sehr eng und meldeten letztlich nur wenige Vermögen,

²⁴ Esther Tisa Francini/Anja Heuss/Georg Kreis, Fluchtgut – Raubgut. Der Transfer von Kulturgütern in und über die Schweiz 1933–1945 und die Frage der Restitution (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 17), Zürich 2001; Thomas Buomberger, Raubkunst – Kunstraub. Die Schweiz und der Handel mit gestohlenen Kulturgütern zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, Zürich 1998.

²⁵ Christiane Uhlig et al., Tarnung, Transfer, Transit. Die Schweiz als Drehscheibe verdeckter deutscher Operationen (1939–1952) (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 9), Zürich 2001.

²⁶ Luc van Dongen, Un purgatoire très discret. La transition »helvétique« d'anciens nazis, fascistes et collaborateurs après 1945, Paris 2008.

²⁷ Als »Standard-Witz« zitiert auch von Frisch, Dienstbüchlein (Anm. 4), S. 102.

²⁸ Barbara Bonhage/Hanspeter Lussy/Marc Perrenoud, Nachrichtenlose Vermögen bei Schweizer Banken. Depots, Konten und Safes von Opfern des nationalsozialistischen Regimes und Restitutionsprobleme in der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 15), Zürich 2001; Marc Perrenoud/Rodrigo López/Florian Adank/Jean Baumann/Alain Cortat/Suzanne Peters, La place financière et les banques suisses à l'époque du national-socialisme. Les relations des grandes banques avec l'Allemagne 1931–1946 (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 13), Zürich 2002.

²⁹ Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen, 1963, S. 423–432, Artikel I.

deren – seltene – Zuweisung an Erbberechtigte und Liquidation sich bis 1980 hinzog, ohne Aufmerksamkeit zu erregen.³⁰

Einen einzigen Problemkreis gab es, der seit den Kriegsjahren regelmäßig thematisiert wurde: die Flüchtlingspolitik, insbesondere die Rück- und Ausweisung von Juden, denen der Status von politischen Flüchtlingen nicht zuerkannt worden war.³¹ Dass diese Praxis der beanspruchten humanitären Mission des Landes widersprach, war bereits im Krieg ausgesprochen worden, insbesondere in der entsprechenden Parlamentsdebatte vom September 1942. Allerdings wurden die relevanten Fakten in manchen Publikationen der Nachkriegszeit umgangen oder verschwiegen. So erfuhr man nur von außen, durch die Publikation der *Akten zur deutschen auswärtigen Politik* (ADAP) in der Bundesrepublik, dass der J-Stempel in Pässen deutscher Juden 1938 auf schweizerische Anregung eingeführt worden war.³² Dies wurde 1954 in der Wochenzeitschrift »Beobachter« aufgegriffen, und die Betroffenheit der Öffentlichkeit veranlasste den Bundesrat, bei einem Juristen und früheren Basler Regierungsmitglied, Carl Ludwig, einen Bericht über die Flüchtlingspolitik in Auftrag zu geben. Bei aller Berücksichtigung der schwierigen Lage des eingekreisten Landes sparte Ludwig nicht mit Kritik an den Verantwortlichen.³³ Seine Dokumentation lieferte die Grundlage für spätere Popularisierungen, die sich Bundesrat von Steigers Metapher vom vollen Boot bedienten, das keine weiteren Schiffbrüchigen aufnehmen könne: 1967 der Publizist Alfred Häslar und 1980 im gleichnamigen Film der Regisseur Markus Imhoof.³⁴

Die rigide gehandhabte Archivsperrfrist von 50 Jahren machte es den Behörden lange leicht, die Erforschung der jüngeren Geschichte zu unterbinden. Das Außenministerium wurde sogar bei den zuständigen ausländischen Stellen vorstellig, um Forschungen selbst von politisch völlig unverdächtigen Schweizer Historikern in deren Archiven zu sabotieren.³⁵ Die Ängste des Bundesrats galten allerdings nicht den geschilderten Problembereichen, sondern konzentrierten sich auf ein Thema: die Neutralität. Im Kalten Krieg mussten alle Hinweise darauf unterbleiben, dass die Schweiz die Neutralität nicht konsequent anwenden könnte. Fünf Jahre lang verzögerte die offizielle Schweiz deshalb die Publikation derjenigen deutschen Akten in den ADAP, welche neutralitätswidrige Verhandlungen Guisans mit Frankreich betrafen. Als der Band 1961 dennoch erschien und gleichzeitig ein englischer Journalist eine Eloge auf Guisan (und damit gegen die »anpasserische« Regierung der Kriegs-

³⁰ Thomas Maissen, *Verweigerter Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2004*, Zürich 2005, S. 46–55; Barbara Bonhage/Hanspeter Lussy/Marc Perrenoud, *Nachrichtenlose Vermögen* (Anm. 28), Zürich 2001, S. 315–387.

³¹ UEK, *Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus* (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 17), Zürich 2001.

³² Georg Kreis, *Die Rückkehr des J-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung*, Zürich 2000.

³³ Carl Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bericht an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte*, Bern 1957.

³⁴ Alfred A. Häslar, *Das Boot ist voll... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945*, Zürich 1967.

³⁵ Sacha Zala, *Gebändigte Geschichte. Amtliche Geschichte und ihr Malaise mit der Geschichte der Neutralität. 1945–1961* (Bundesarchiv Dossier, 7), Bern 1998, S. 53–63.

jahre) veröffentlichte³⁶, glaubte sich der Bundesrat gezwungen, einen prominenten Zeitzeugen, den erwähnten Basler Geschichtspräsident Edgar Bonjour, damit zu beauftragen, seine ab 1967 erschienene *Geschichte der schweizerischen Neutralität* zu verfassen, wofür er ungehinderten Zugang zu den Archiven erhielt. Das gemäß Auftrag »möglichst vollständige und die Vorgänge ohne Rücksicht auf die damals handelnden Personen« darstellende Werk war allerdings nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur zur Orientierung des Bundesrats gedacht. Erst unter dem Druck der Medien und des Parlaments war der Bundesrat bereit, den Bonjour-Bericht zur Publikation freizugeben. In dessen Gefolge wurde 1973 nicht nur die Sperrfrist im Bundesarchiv auf 35 Jahre reduziert, sondern auch die Bundesakten bis 1945 zur wissenschaftlichen Erforschung freigegeben.³⁷

In dieselbe Zeit fiel die Kritik der 68er, in der Schweiz zuerst aus dem künstlerischen, dann journalistischen und erst zuletzt wissenschaftlichen Milieu.³⁸ Wegweisend war Walter Matthias Diggelmanns Behandlung der Flüchtlingsproblematik (*Die Hinterlassenschaft*, 1965). Jean-Baptiste Mauroux provozierte 1968 mit der Aussage, unter Hitler habe man als Schweizer glücklich leben können.³⁹ Christoph Geiser, ein Enkel des willfähigen Schweizer Botschafters in Hitlers Berlin, Hans Frölicher, prägte 1970 die Formulierung »Der Anschluss fand statt«, womit die wirtschaftliche Ausrichtung auf die deutschen Rüstungsbedürfnisse nicht mehr als abgerungenes, überlebensnotwendiges Zugeständnis gedeutet wurde, sondern als geschmeidige Einordnung in einen lukrativen Markt; das aber, und nicht die Armee, habe die Schweiz gerettet.⁴⁰ Max Frisch revidierte seine patriotischen Erinnerungen an die Aktivdienstzeit (*Dienstbüchlein*, 1974). Niklaus Meienberg als Autor und Richard Dindo als Filmregisseur stilisierten das Schicksal eines hingerichteten Landesverrätters nach dem Motto »Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.«⁴¹ Die gemeinsame Stoßrichtung ging dahin, hinter den vermeintlich heroischen Jahren 1939 bis 1945 die Fratze eines zeitlosen und allzu gegenwärtigen Militarismus und schamlosen Kapitalismus zu entlarven.

In der Wissenschaft wurden solche provokativen Äußerungen erst in den achtziger Jahren laut, so etwa in Hans Ulrich Josts Abschnitt »Helvetischer

³⁶ Jon Kimche, *Spying for peace. General Guisan and Swiss neutrality*, London 1962.

³⁷ Sacha Zala, *Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktenansammlungen im internationalen Vergleich*, München 2001, S. 308–322.

³⁸ Für das (nicht nur historiographische) Nachleben des Weltkriegs vgl. die einschlägigen Aufsätze von Georg Kreis, z.B. *Zurück in den Zweiten Weltkrieg (I–III)*, jetzt in: ders., *Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze*, Bd. 1, Basel 2003, S. 333–370, bzw. Bd. 2, Basel 2004, S. 193–209; außerdem ders., *Die schweizerische Neutralität während des Zweiten Weltkrieges in der historischen Forschung*, in: Louis-Edouard Roulet/Roland Blättler (Hg.), *Les états neutres européens et la Seconde Guerre mondiale*, Neuenburg 1985, S. 29–53. Ferner Thomas Maissen, *Die Schweiz und die nationalsozialistische Hinterlassenschaft: Anlass, Phasen und Analyse einer neu entflammten Debatte*, in: Kenneth Angst (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz. Reden und Darstellungen*, Zürich 1997, S. 119–142, sowie Daniel Bourgeois, *Das Geschäft mit Hitlerdeutschland. Schweizer Wirtschaft und Drittes Reich*, Zürich 2000, S. 21–36.

³⁹ Jean-Baptiste Mauroux, *Du bonheur d'être suisse sous Hitler*, Paris 1968.

⁴⁰ Christoph Geiser, *Der Anschluss fand statt*, in: *Neutralität*, 8. Jg., Januar 1970, S. 19ff.

⁴¹ Niklaus Meienberg, *Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.*, Darmstadt 1974.

Totalitarismus« im Referenzwerk *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer* (1983), der damit eine Wortschöpfung von Georg Kreis aufnahm.⁴² Der (wirtschafts-)politischen Kontinuität über die Eckdaten des Krieges hinweg galt 1985 Jakob Tanners finanzsoziologische Analyse.⁴³ Die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zum Dritten Reich behandelten Werke von Daniel Bourgeois, Marc Perrenoud und Werner Rings, der als erster die Raubgoldproblematik monographisch erfasste.⁴⁴ Markus Heiniger behandelte 1989 *Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde*, die sich kurz zusammenfassen lassen: wirtschaftliche Dienstleistungen und militärische Bedeutungslosigkeit.

Heinigers Werk entstand im Umfeld einer intensiven vergangenheitspolitischen Debatte, deren Anfänge auch in der Schweiz auf die Ausstrahlung der Fernsehserie *Holocaust* zurückgingen. Im Anschluss daran forderte der sozialdemokratische Parlamentarier Hansjörg Braunschweig die »Bewältigung einer Vergangenheit als staatspolitische Aufgabe« und die Öffnung aller relevanten Archive, wobei er auch – ohne Dramatisierung – vor dem »eher volkstümlich-unterschwellig« Antisemitismus warnte. Mit solchen Postulaten begann die Einbettung der Eidgenossenschaft – bis dahin ein allenfalls mit Schweden vergleichbarer, neutraler Sonderfall⁴⁵ – in internationale, neuartige Forschungsperspektiven.⁴⁶ Die Verschiebung des Fokus zum Holocaust rückte nun neben Tätern und Opfern auch die Zuschauer ins Blickfeld, damit auch – wie in Raul Hilbergs entsprechender Studie – die neutralen Länder: nicht mehr als glückliche Kriegsverschonte, sondern als Untätige angesichts des Völkermords.⁴⁷

Oder gar als dessen Nutznießer: 1989 wurden Vorwürfe laut, die Zigarrenfirma Villiger habe von Arisierungen profitiert.⁴⁸ Brisant war das deswegen, weil ein Spross der Eigentümerfamilie, Kaspar Villiger, eben in den Bundesrat

⁴² *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer*. Studienausgabe, Basel 1986, S. 804; Georg Kreis, *Helvetischer Totalitarismus*, in: ders., *Vorgeschichten zur Gegenwart*. Ausgewählte Aufsätze, Bd. 2, Basel 2004, S. 13–23; vgl. auch das Postskriptum von 2004 auf S. 23.

⁴³ Jakob Tanner, *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft*. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953, Zürich 1986.

⁴⁴ Bourgeois, *Geschäft* (Anm. 38) vereint nun die nach der Dissertation von 1971 in Aufsatzform erschienenen Arbeiten; Marc Perrenoud, *Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale*. Politique de neutralité et relations financières internationales, in: *Studien und Quellen*, Bd. 13/14, 1988, S. 7–128; Werner Rings, *Raubgold aus Deutschland*. Die »Golddreh-scheibe« Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1985.

⁴⁵ Vgl. Rudolf Bindschedler/Wilhelm Carlsson/Sten Carlsson/Hans Rudolf Kurz (Hg.), *Schwe-dische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel 1985.

⁴⁶ Vgl. hierzu außer den oben, Anm. 38, erwähnten Aufsätzen auch Maissen, *Verweigte Erinnerung* (Anm. 30), S. 97–106, auch Regula Ludi, *Waging War on Wartime Memory: Recent Swiss Debates on the Legacies of the Holocaust and the Nazi Era*, in: *Jewish Social Studies* 10,2 (2004), S. 116–152.

⁴⁷ Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer*. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992, S. 282f.

⁴⁸ Zu diesem Themenkomplex Urs Thaler, *Unerledigte Geschäfte*. Zur Geschichte der schweizerischen Zigarrenfabriken im Dritten Reich, Zürich 1998. Der zweite Band ist (noch) nicht erschienen, in dem die Firma Villiger behandelt und voraussichtlich relativ gut beurteilt worden wäre.

gewählt worden war, der in derselben Zeit ohnehin von einer Krise zur nächsten taumelte; dabei ging es um Beziehungen zwischen der Justizministerin und fragwürdigen Bankiers (Affäre Kopp) sowie die systematische Überwachung vieler Schweizer im Kalten Krieg (Fichenaffäre). Vor diesem Hintergrund wurde 1989 zum Jahr der Konfrontation von neo-linken und traditionellen Geschichtsbildern, von den Nachfragen der Jüngeren und dem offiziell gewordenen Gedenken der Aktivdienstgeneration, deren jüngste Angehörige eben in Rente gingen. Heinigers erwähntes Buch erschien im Vorfeld der Armeeabschaffungsinitiative, die in der Volksabstimmung vom 26. November zwar verworfen wurde, aber – rund zwei Wochen nach dem Mauerfall – mit 35,6 % der Stimmenden einen nie erwarteten Anteil von Befürwortern fand. Das vom Bundesrat in der Abstimmungsbroschüre zitierte Bonmot »Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee!« war in Frage gestellt.

Nicht ohne Bezug zum Abstimmungskampf hatte der Bundesrat unter dem federführenden Chef des Militärdepartements, dem erwähnten Kaspar Villiger, im September die »Übung Diamant« veranstaltet, die – in der nationalpädagogischen Tradition Guisans – der Bevölkerung »die Bedeutung der Friedens- und Freiheits-sicherung durch bewaffnete Neutralität unseres Landes während der Jahre 1939–1945 und für die Zukunft« vermitteln sollte. Aus Anlass des 50. Jahrestags des Kriegsausbruchs sollten die Nachgeborenen an den »eindrücklichen nationalen Schulterschluss« erinnert werden und der Aktivdienstgeneration Dank abstatten.⁴⁹ Historiker wie Jakob Tanner und Markus Heiniger gehörten zu den Befürwortern der Armeeabschaffungsinitiative und zu den Gegnern der Übung »Diamant«. Ihr Organ, die Zeitschrift *Klunker*, empörte sich über die »Geschmacklosigkeit«, dass die Schweizer Regierung mit dem Kriegsausbruch ein Ereignis feiere, das für die übrigen Völker eine Katastrophe gewesen sei. Damit wolle sie einerseits den Mythos neu bekräftigen, dass die »Armee uns vor den Nazis gerettet habe«; und andererseits »zugunsten der kriegelnden [sic] Gesamtverteidigung des bröckelnden nationalen Zusammenhalts alte Zeiten heraufbeschwören«.⁵⁰

Der Rekurs von *Klunker* auf neuere wissenschaftliche Forschungen trug zu einer Verunsicherung und anhaltenden Debatte bei, die sich aber bereits 1989 dadurch charakterisierte, dass der lange dominante Fokus auf das Militärische auch bei den Befürwortern von »Diamant« nachließ: Sie betonten die Entbehrungen und Leistungen im Alltag, ihre Gegenspieler die wirtschaftliche Kollaboration mit Deutschland. In den folgenden Jahren erschienen differenzierte Beiträge zur Frage von Armee und Bedrohung, wobei etwa auch Guisans ständestaatliche Sympathien thematisiert wurden.⁵¹ Sowohl wissenschaftlich

⁴⁹ Simone Chiquet, *Der Anfang einer Auseinandersetzung: Zu den Fakten, Zusammenhängen und Interpretationen in der Debatte um die »Übung Diamant« 1989*, in: *Jubiläen der Schweizer Geschichte*. 1798–1848–1998 (Studien und Quellen, Bd. 24), Bern 1998, S. 193–227, hier 197. Der Name »Diamant« bezog sich auf Gottfried Kellers Gedicht »Eidgenossenschaft« und seine Metapher vom Diamanten, »der nicht mehr ist zu trüben und zu teilen«; vgl. Gottfried Keller, *Gesammelte Gedichte*, Bd. 1 (Gesammelte Werke, Bd. 9), Zürich 1948, S. 124.

⁵⁰ Zitiert nach Chiquet, *Anfang* (Anm. 49), S. 207.

⁵¹ Der Guisan-Mythos war schon durch Bundesarchivar Oscar Gauye in Frage gestellt worden, vgl. »Au Rütli, 25 juillet 1940«. Le discours du général Guisan: nouveaux aspects, in: *Studien und Quellen*, Bd. 10, Bern 1984, S. 5–56; grundlegend dann Willi Gautschi, *General Henri*

wie populär gehaltene Arbeiten galten aber vor allem den ohnehin kontroversen Themen: den Finanzbeziehungen zu den Alliierten und dem Wirken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel; dem Ersatz der diensttuenden Männer durch Frauen, die in den Fabriken die von Hitler gewünschten Produkte hergestellt und so – im Unterschied zu den untätigen Soldaten – das Land vor dem Anschluss bewahrt hätten; den (bis Weihnachten 1944 erfolgten) Abschüssen alliierter Bomber durch die schweizerische Flugabwehr oder der Entlassung und Ächtung von Polizeihauptmann Paul Grüninger, der 1938 Juden die Flucht in die Schweiz ermöglicht hatte.⁵² Mit Jacques Picards Studie über *Die Schweiz und die Juden* wurde erstmals monographisch die Flüchtlingspolitik nicht nur als unglückliche Reaktion auf äußeren Druck, sondern auch als Ergebnis einheimischer antisemitischer Traditionen interpretiert.⁵³

Noch handelte es sich allerdings um eine helvetische Binnendebatte in einem Land, das für den Kriegsverlauf kaum eine Rolle gespielt hatte und dessen eigentümliche Selbstheroisierung deshalb kaum mit anderen Weltkriegsnarrativen in Berührung und Konflikt kam. Das änderte sich ab 1995, als die weltweiten Jubiläen des Kriegsendes unter einem neuen Paradigma begangen wurden: dem Holocaust und der Frage nach Mitverantwortung dafür in ganz Europa. Bezeichnenderweise wollte der Bundesrat – anders als beim Jubiläum von 1989 – des Kriegsendes ursprünglich gar nicht gedenken, da die Schweiz dabei keine Rolle gespielt habe. Erst Ende März 1995 beschloss die Regierung, sie werde *in corpore* an einer Feier der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft am 7. Mai teilnehmen. Auf das Drängen einzelner Parlamentarier hin fand am selben Sonntag eine Sondersession des Parlaments statt, an der sich der Bundespräsident, erneut Kaspar Villiger, wenn auch etwas gewunden für die Flüchtlingspolitik im Krieg entschuldigte: »Auch die Schweiz hat Schuld auf sich geladen«, wobei er einschränkend aber nur den J-Stempel meinte. Doch bereits diese Worte, die sich in die einsetzenden europäischen Entschuldigungsrituale einfügten, gingen Regierungskollegen wie Jean-Pascal Delamuraz und vielen Exponenten der Aktivdienstgeneration zu weit.⁵⁴

Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989; vgl. auch Klaus Urner, »Die Schweiz muss noch geschluckt werden!«, Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zwei Studien zur Bedrohungslage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1990.

⁵² Linus von Castelmur, Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945–1952), Zürich 1992; Gian Trepp, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg: von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1993; Monique Pavillon, Les immobilisées. Les femmes suisses durant la Seconde Guerre mondiale. Essai historique, Lausanne 1989; Peter Kamber, Schüsse auf die Befreier. Die »Luftguerilla« der Schweiz gegen die Alliierten 1943–45, Zürich 1993; Stefan Keller, Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe, Zürich 1993.

⁵³ Jacques Picard, Die Schweiz und die Juden, 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1994.

⁵⁴ Zum Phänomen der Entschuldigungen kritisch Hermann Lübke, Ich entschuldige mich. Das neue politische Bußritual, Berlin 2001. Demnächst sollte die Dissertation von Oliver Zihlmann einen historischen Überblick über die Problematik liefern.

Wenn schon bald danach Druck von außen auf die Schweiz einsetzte, so lag das allerdings nicht – wie solche Gruppen argwöhnten – an Villigers Entschuldigung, sondern an der seit 1989 weltweit veränderten Konstellation. Vier Gründe für den internationalen Perspektivenwechsel seien hier angeführt.

1. Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Artikel 41 des entsprechenden Vertragswerks wurde das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« festgelegt. Die Suche nach Belegen für einstige Eigentumsverhältnisse weckte auch die Erinnerung an und die Neugier für Welten, die in ganz Europa, vor allem aber in den später kommunistischen Staaten während des Krieges untergegangen waren, mit einem entsprechenden Boom an archivalischen Forschungen, Memoirliteratur, Ausstellungen und anderem. Das verlorene Eigentum wurde damit zu einer entscheidenden materiellen Voraussetzung, um diese Erinnerungen wieder beleben zu können. Wer einem Erben sein materielles Erbe vorenthielt (konkret etwa nachrichtenlose Bankkonten), der verweigerte ihm auch die Grundlage dieser Erinnerung und damit seiner eigenen Identität. Das galt besonders für das Judentum, wo der Holocaust zu einem kollektiven Referenzpunkt geworden war und wo das Gedenken an die Opfer eine religiöse wie säkulare Pflicht darstellte. Dies formulierte der Auschwitz-Überlebende und Nobelpreisträger Elie Wiesel 1993 bei der Eröffnung des US-Holocaust Memorial Museum: »To forget would mean to kill the victims a second time. We could not prevent their first death; we must not allow them to vanish again. Memory is not only a victory over time, it is also a triumph over injustice.«⁵⁵

2. Die Errichtung des Holocaust-Museums in Washington – einer Stadt ohne jede historische Beziehung zum europäischen Völkermord – verweist darauf, dass die Wiedergutmachung für die bislang ungesühnte Verletzung individueller Vermögensrechte in den neunziger Jahren nicht nur zu einem fundamentalen Anliegen des Judentums wurde, sondern auch zu einem zentralen Verhandlungsgegenstand einer umfassenderen internationalen Moral.⁵⁶ Der Holocaust erhielt im Zeitalter der Globalisierung eine etwas paradoxe Doppelbedeutung, einerseits als ganz exklusiv jüdisches, kollektives und heilsgeschichtlich gedeutetes Schicksal; und andererseits als dessen universalistische Auslegung, die im Holocaust das prinzipielle Gegenteil allgemeinverbindlicher Menschenrechte sah und ihn zur Basis eines supranationalen kulturellen Gedächtnisses erhob, damit auf dieser Basis die Rechte des Individuums in Zukunft besser geschützt sein sollten. Mit der Fokussierung auf den Holocaust wurde der Zweite Weltkrieg nicht mehr – wie früher – als Abwehrkampf vieler verschiedener Staaten gegen einen perversen deutschen Nationalismus interpretiert, sondern als Fanal der Moderne, als systematischer Vernichtungsfeldzug der von Deutschland bloß angeführten europäischen Nationen gegen ihre ungeliebte, transnationale Minderheit, die Juden. In den neunziger Jahren dachte man dabei auch an aktuelle »ethnische Säuberungen« in Europa, so erneut Elie Wiesel bei der Einweihung des Holocaust Museum, als er den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton unter Berufung auf die Shoah dazu

⁵⁵ <http://www.civnet.org/resources/document/historic/elie.htm> (14. Mai 2003).

⁵⁶ Elazar Barkan, Völker klagen an. Eine neue internationale Moral, Düsseldorf 2002.

aufforderte, in Bosnien einzugreifen. Diese universalistische Lektion des Völkermords zeitigte ihre Früchte allerdings erst im März 1999, als Clinton die Intervention im Kosovo unter anderem damit begründete, dass auch der Holocaust vermeidbar gewesen wäre, wenn man rechtzeitig gehandelt hätte. Der Schutz von Menschenrechten wurde in den 1990er Jahren neu zu einer moralischen Rechtfertigung, sich – notfalls auch kriegerisch – in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen.⁵⁷

3. Solche Herausforderungen betrafen seit dem Umbruch von 1989 vor allem die USA als globale Hegemonialmacht, welche die oft wenig rücksichtsvolle Verteidigung von wirtschaftlichen Eigeninteressen mit der Suche nach internationalem Rückhalt ebenso kombinierte wie partikularistischen Egoismus mit universalistischem Idealismus im Ringen um eine »neue Weltordnung«. Sanktionen erhielten in einer nicht länger bipolaren Welt eine ganz neue Bedeutung und Wirksamkeit, und die USA setzten im Umgang etwa mit Kuba oder Libyen dezidiert darauf, ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung auf diesem Weg auszuspielen. Andere Länder nahmen derartige amerikanische Gesetze mit internationalen Folgen als unilateralen Rechtsimperialismus wahr. Dabei ging es den Amerikanern allerdings nicht zuletzt darum, dass die im Zuge der Globalisierung in den USA tätigen ausländischen Unternehmen (darunter die Schweizer Großbanken) sich aus Gründen der Gleichbehandlung denselben Regeln zu unterwerfen hatten wie die amerikanischen Firmen (Rechtshilfe, Insiderhandel, Geldwäscherei, Börsen- und Effektenhandel oder Corporate Governance).

4. Die neue Gedenkkultur mit ihrer Konzentration auf den Holocaust erhielt in Europa eine zusätzliche Stoßrichtung. Am 27. Januar 2000, dem 55. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, fand die internationale Holocaust-Konferenz in Stockholm statt. Die Shoah wurde dort zur Basis einer neuen, postnationalen Weltordnung erklärt, und der deutsche Minister Michael Naumann verkündete ausdrücklich: »Aus der Erinnerung des Holocaust müssen die richtigen Antworten für Politik und Gesellschaft in zukünftiger Geschichte erwachsen.«⁵⁸ Vor dem Hintergrund der Balkankonflikte war dies auch als aktueller Appell zu verstehen, »to fight those evils«, nämlich Genozid, ethnische Säuberungen, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass.⁵⁹ So universal die Formulierung und so international die Teilnehmerschaft der Stockholmer Tagung waren, so klar gab es einen europapolitischen Fokus. Der Holocaust wurde von den Anwesenden verstanden als die Negation aller Werte, die eine gemeineuropäische Zukunft und supranationale Solidarität begründen sollten. Die europäische Integration sollte nicht, wie die Nationenbildung im 19. und

⁵⁷ Daniel Levy/Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust* (Edition Zweite Moderne), Frankfurt a. Main 2001; vgl. auch Peter Novick, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord*, Stuttgart/München 2001.

⁵⁸ http://www.holocaustforum.gov.se/conference/official_documents/speeches/naumann_tysk.htm (22. Februar 2007). Vgl. auch Moshe Zimmermann, *Die transnationale Holocaust-Erinnerung*, in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006, S. 202–216, hier 211.

⁵⁹ <http://www.holocaustforum.gov.se/pdfandforms/deklarat.pdf> (22. Februar 2007).

20. Jahrhundert, über geteilte äußere Feindbilder erfolgen (etwa die Türkei oder den Islam), sondern als geteilte Verpflichtung gegen das Böse im Inneren, gegen die eigene, gemeinsame, verhängnisvolle Vergangenheit. Was haben die Europäer von Lissabon bis Riga, von Oslo bis Saloniki anderes gemeinsam, als dass sie – über Jahrhunderte hinweg und immer wieder – die Juden im Stich gelassen, verraten, beraubt und ermordet haben? Die allen Nationalismen eigene antisemitische Vergangenheit sollte in einem »dialogischen Erinnern« (Aleida Assmann) die Richtschnur werden für eine gemeinsame, supranationale Menschenrechts- und Minderheitenpolitik in Europa.⁶⁰ Dieses Prinzip wurde im Januar 2000 in Stockholm gleich in die Tat umgesetzt, indem die EU exemplarische Sanktionen gegen ihr Mitglied Österreich ergriff, nachdem dort die nationalistische FPÖ um Parteipräsident Jörg Haider in die Regierung eingetreten war.

Vor diesem Hintergrund wurde das schweizerische Geschichtsbild vor allem in den Jahren 1996 bis 1998 in internationalen Medien geprüft und hoffnungslos demontiert. Ausgangspunkt waren zuerst – 1995 – vertrauliche Kontakte des *World Jewish Congress* (WJC) mit der Schweizerischen Bankiervereinigung über die nachrichtenlosen Vermögen. Als die Banken keine externe Kontrolle über die zugesagten Nachforschungen zugestanden, mobilisierte der WJC den New Yorker Senator Alfonse D'Amato, der im Frühjahr 1996 mit Hearings gegen die Banken einsetzte. In den Medien tauchten bald die anderen problematischen Bereiche auf, namentlich Raubgold, Flüchtlingspolitik und Rüstungsexporte. Die Schweiz rutschte in die größte außenpolitische Krise der Nachkriegszeit, die Großbanken und einige Versicherungen sahen sich mit Sammelklagen konfrontiert, die Finanzbehörden wichtiger Bundesstaaten wie New York und Kalifornien drohten mit Boykotten, und der von Clinton eingesetzte Vermittler, Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat, wurde von vielen Schweizern als Agent der »Erpresser« angesehen, vor denen Bundespräsident Delamuraz Ende 1996 skandalträchtig warnte. Gegen die Mediendynamik half es wenig, dass Bundesrat und Parlament eine »Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg« (UEK) unter der Leitung von Jean-François Bergier einsetzten, um binnen fünf Jahren die Rolle des Finanzplatzes im Krieg historisch und rechtlich abzuklären. Ihrerseits willigte die Bankiervereinigung in die Bildung eines mit den jüdischen Organisationen gemeinsam besetzten Komitees unter der Leitung des früheren FED-Vorsitzenden Paul Volcker ein, das in einer gigantischen Revision nach nachrichtenlosen Konten suchte. Mit anderen Firmen zusammen schufen die Banken mit einem Kapital von rund 300 Millionen Franken auch einen Holocaust-Fonds für bedürftige Opfer des Holocaust. Am politischen Widerstand der Nationalkonservativen und breiter Bevölkerungskreise scheiterte dagegen eine vom Bundesrat auch als Antwort auf die Angriffe gedachte »Stiftung für Solidarität«, deren Kapital von 7 Milliarden Franken durch den Verkauf von Währungsgold hätte erbracht werden sollen. Ohne dass die verschiedenen Abklärungen die erhofften Ergebnisse gezeitigt hätten, ja deutlich vor deren Abschluss beendete am 12. August 1998

⁶⁰ Für das dialogische Erinnern vgl. Aleida Assmanns Beitrag in diesem Band.

das sogenannte »global settlement« die Debatten: Die Großbanken UBS und Credit Suisse erklärten sich bereit, 1,25 Milliarden Dollar für eine aussergerichtliche Lösung mit den Sammelklägern zu bezahlen.

Auf eine eingehendere Schilderung dieser Konfrontation kann hier verzichtet werden.⁶¹ Abschließend muss aber die Heftigkeit der Auseinandersetzung erklärt werden. Wohlwollende Beobachter staunten über die oft historisch schlecht begründeten Attacken auf die Schweizer, die eine überdimensionierte Rolle als »Treuhänder des Reichs« und »Hitler's secret bankers« einnahmen.⁶² Doch ebenso überraschend war die uneinsichtige Hartnäckigkeit, mit der viele Schweizer und letztlich auch die Landesregierung ihr Geschichtsbild und damit die »nationale Ehre« verteidigten.⁶³ Selbst bei der Ankündigung der Solidaritätsstiftung pries Bundespräsident Arnold Koller den Widerstandswillen, die Flüchtlingsbetreuung, den Mut, die selbstlose Pflichterfüllung und den Gemeinsinn der Elterngeneration, »die bewaffnete Verteidigung unseres Landes und die damit verbundenen großen Opfer, Entbehrungen und Ängste der Bevölkerung«; »Wir brauchen uns heute nicht dafür zu schämen, dass wir vom Krieg verschont geblieben sind. Jedes Land dachte primär an seine eigenen Interessen. Dieses Recht stand auch uns zu. Wir hatten das Recht zu überleben.«⁶⁴ Diese trotzige Haltung gründete im Schmerz, dass die heroischste Phase der Nationalgeschichte gründlich diskreditiert worden war, wobei zugleich manche Probleme von brennender Aktualität angesprochen waren.

1. Die Neutralität als fundamentale Staatsmaxime und höchster Ausdruck der Schweizer Souveränität, gerade auch bei der Interpretation des Weltkriegs, wurde durch supranationale Ordnungen auf europäischer oder globaler Ebene entwertet. In der Schweiz war die Neutralität als defensives Abseitsstehen in einer wölfisch-aggressiven Staatenwelt interpretiert worden und hatte so quasi Schuldunfähigkeit impliziert. In einer internationalen Deutung der NS-Zeit, die den Fokus vom kollektiven Staatenkrieg hin zu individuell erlittenen Menschenrechtsverbrechen verschob, wurde aus der Neutralität verantwortungsloses Wegsehen, ja duldendes Gewährenlassen und Indifferenz gegenüber dem Bösen, wie Elie Wiesel meinte: »When human dignity is at stake, neutrality is a sin, not a virtue; ... neutrality, which used to be, at one time, a high ideal or ideal of nations is wrong.

⁶¹ Dazu Maissen, Verweigte Erinnerung (Anm. 30).

⁶² Vgl. in der reichen Publizistik dieser Jahre etwa Beat Balzli, Treuhänder des Reichs. Die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer: Eine Spurensuche, Zürich 1997; Adam LeBor, Hitler's secret bankers. The myth of Swiss neutrality during the Holocaust, Secaucus 1997.

⁶³ Als besonders krasses Beispiel Harry Zweifel, Uns trifft keine Schuld! Report der amerikanischen-jüdischen Attacken und Lügen gegen die Schweiz, Freiburg 1997; vgl. aber auch Ernst Leisi, Freispruch für die Schweiz, Frauenfeld 1997; Heinz Zeller, Der Prügelknabe Schweiz. Die Antwort auf die Anklagen, Basel 1998; Jean-Christian Lambelet, Le mobbing d'un petit pays, Lausanne 1999; Paul Rothenhäusler, Nun lügen sie wieder. Hinweise auf antischweizerische Publikationen in englischer Sprache, erschienen in englischen und amerikanischen Verlagen oder herausgegeben von der Stiftung Pro Helvetia. Mit einer Dokumentation über den »totalen Krieg« (Bronfman) gegen die Schweiz (1996-2000), Stäfa 2000.

⁶⁴ Arnold Koller, Wir brauchen uns nicht zu schämen, in: Angst, Weltkrieg (Anm. 38), S. 23-32.

Reject it! You must side with the victim, even if you both lose.«⁶⁵ Diese Position wurde explizit auf die Schweiz bezogen, wo man noch 2005 mit größter Empörung reagierte, als der Generalsekretär des WJC, Israel Singer, diesen Gedanken auf den Punkt brachte, »that Swiss »neutrality« in the face of evil was a crime«.⁶⁶

2. Die Aktivdienstgeneration hatte ihr Geschichtsbild im Binnendialog und in der Auseinandersetzung mit jüngeren Schweizern entwickelt, die keine vergleichbaren Erfahrungen von Entbehrungen, Isolation und Bedrohung kannten. Nachdem diese sinnstiftende Erzählung während Jahrzehnten auch in den Schulen und durch offizielle Gedenkrituale gleichsam protektionistischen Schutz genossen hatte, stieß die Rede von Opfern und Opferbereitschaft auf die Opferperspektive derjenigen, die in unmittelbarer Nachbarschaft völlig unverschuldet dem Völkermord anheimgefallen waren. Es ergab sich eine eigentümliche, aber bezeichnende Asymmetrie: Viele Schweizer, welche die kargen Jahre des Krieges erlebt hatten, sahen sich von jüdischen Millionären aus New York gedemütigt; andererseits hatten oft unbemittelte Holocaust-Überlebende einen vergeblichen Kampf gegen arrogante, reiche Schweizer Bankiers gefochten, um an ihr Erbe heranzukommen. International vermittelbar war nur letztere Sichtweise.
3. Zudem stieß die Erinnerung der alliierten NS-Gegner, die wirklich gegen die Achsenmächte (allerdings nicht *für* die Juden) in den Krieg gezogen waren und dabei enorme Opfer erlitten hatten, auf das Kriegsbild derer, die – in der Schweiz – zu einem Kampf bereit gewesen wären, um die Unabhängigkeit ihrer Heimat zu verteidigen, aber scheinbar paradoxerweise wirtschaftlich mit der sie bedrohenden Macht kooperierten und sie damit gegen die Alliierten unterstützten. Aus dieser Situation nährte sich Stuart Eizenstats Vorwurf von 1997, die Schweiz habe den Krieg verlängert, der ebenfalls zu heftigsten Auseinandersetzungen Anlass gab.⁶⁷ Zwar überschätzte diese Wertung wohl die effektive Bedeutung der wirtschaftlichen Dienstleistungen der Schweiz; doch umgekehrt verkannten die Schweizer die schon nur symbolische Bedeutung der Tatsache, dass Nazis mit Schweizer Waffen Alliierte getötet hatten.
4. Diese Handelsbeziehungen verwiesen auf ein Phänomen, das Jakob Tanner bereits 1990 als »wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation« bezeichnete, womit er einen Grundzug der Schweizer Geschichte meinte.⁶⁸

⁶⁵ David Johnston/Elie Wiesel, The Raoul Wallenberg Forum on Human Rights, in: Irwin Cotler (Hg.), Nuremberg Forty Years Later: The Struggle Against Injustice In Our Time, Montreal 1995, S. 20.

⁶⁶ Dazu Thomas Maissen, Neutralität zwischen Gestern und Heute. Israel Singers Vorwurf beim Gedenken an Auschwitz, in: Neue Zürcher Zeitung 25. 31. Januar 2005, S. 9.

⁶⁷ Stuart Eizenstat, U. S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II, May 1997, S. iii-xii.

⁶⁸ Jakob Tanner, Die Schweiz und Europa im 20. Jh.: wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation, in: Paul Bairoch/Martin Körner (Hg.), Die Schweiz in der Weltwirtschaft (15.-20. Jh.), Zürich 1990, S. 409-428; ders., Or & granit. La défense nationale et les liens économiques entre la Suisse et le Troisième Reich durant la Seconde Guerre mondiale, in: Les annuelles 1 (1990), S. 31-48; ders., »Réduit national« und Aussenwirtschaft: Wechselwirkungen zwischen

Eine solche Grundhaltung führt nicht nur zu der ethischen Frage, ob wirtschaftliche Zusammenarbeit mit menschenverachtenden Regimes tatsächlich ein unpolitisches Verhalten darstellt. Es betrifft auf einer harmloseren, aber ebenfalls sehr grundsätzlichen Ebene das Verhältnis der Eidgenossenschaft zu ihrem größten Außenhandelspartner, der EU.

5. Ebenfalls die historische Kontinuität war angesprochen beim Problem des Antisemitismus, der in der Weltkriegsdebatte bis hin zu Äußerungen von Bundesräten greifbar wurde: Der erwähnte Jean-Pascal Delamuraz meinte als Bundespräsident Ende 1996, »gewisse« Kreise in London und Washington wollten den Finanzplatz Schweiz zerstören.⁶⁹ Der Nationalrat Rudolf Keller von der Rechtspartei Schweizer Demokraten rief im Juli 1998 dazu auf, »sämtliche amerikanischen und jüdischen Waren, Restaurants und Ferienangebote so lange zu boykottieren, bis diese gemeinen und völlig unberechtigten Angriffe ... aufhören.«⁷⁰ Wie einst Nazis Handlanger Berlins und Kommunisten diejenigen Moskaus gewesen waren, so sahen etliche Schweizer in ihren jüdischen Mitbürgern Werkzeuge Washingtons. Solche Voten machten deutlich, dass in der plurikulturellen Schweiz Toleranz an Wohlverhalten gebunden war. Wer dieses Wohlverhalten vermissen ließ, war – in dieser Logik – selbst schuld, wenn antisemitische Gefühle sich manifestierten.

Die Intensität und Bitterkeit der Schweizer Weltkriegsdebatte erklärt sich aus der Aktualität der aufgeführten Problembereiche – also nicht aus den Verfehlungen der Kriegsvorgangeneit, sondern aus den Orientierungsnot den Gegenwart. Die Schweiz war ja keineswegs allein gefordert bei der Rechenschafts-ablage der europäischen Völker über ihr Verhalten während des Holocaust. Wenn man sie mit dem – was die Kriegsjahre betrifft – ähnlichen Fall von Schweden vergleicht, so fällt auf, dass die Skandinavier seit 1942 Selbstbild und Selbstdarstellung auf humanitäre Aktionen (auch für die Juden) und das internationale Engagement namentlich in der UNO ausrichteten. Der Weltkrieg wurde nicht in einer nationalgeschichtlichen Perspektive als militärische Wahrung von Unabhängigkeit und Neutralität verstanden, sondern als Verpflichtung zu einer stark moralischen (und moralisierenden) Mission in dieser Welt. Es ist kein Zufall, dass das Holocaust Museum am Raul Wallenberg Place in Washington steht; der Schweizer Carl Lutz, sein Gefährte bei der Rettung vieler ungarischer Juden, wurde von seinen Vorgesetzten nach dem Krieg wegen der Fälschung von Pässen geahndet und fand – ganz anders als Wallenberg, aber ähnlich wie der erwähnte Paul Grüninger und andere schweizerische

militärischer Dissuasion und ökonomischer Kooperation mit den Achsenmächten, in: Philipp Sarasin/Regina Wecker (Hg.), *Raubgold, Reduit, Flüchtlinge. Zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1998, S. 81–103.

⁶⁹ Madeleine Dreyfus/Jürg Fischer (Hg.), *Manifest vom 21. Januar 1997. Geschichtsbilder und Antisemitismus in der Schweiz*, Zürich 1997, S. 13–15.

⁷⁰ Max Frenkel, *Wehret den Anfängen!*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. Juli 1998, S. 14.

Judenretter – keinen Platz im nationalen Gedächtnis.⁷¹ Die Schweizer hegten keine Hoffnung in inter- oder gar supranationale Lösungen, sondern verblieben in den Nachkriegsjahrzehnten im »hochgemuten Pessimismus«, den sie sich auferlegt hatten, als der Völkerbund unter dem Druck der Diktatoren handlungsunfähig wurde.⁷² Insofern war es kein Zufall, dass die Eidgenossenschaft erst 2002 der UNO beitrug, wobei die in der Volksabstimmung notwendige Mehrheit der Kantone nur ganz knapp zustande kam.

Tatsächlich lässt sich die Erinnerung der Schweizer an den Zweiten Weltkrieg als Reflex ihres Selbstverständnisses gegenüber dem Ausland – Europa wie der Welt – verstehen. Offene Debatten prägten die Jahre der Verunsicherung nach 1945 und nach 1989. Möglicherweise haben nach 2001 neue, klare Konfrontationen auf globaler Ebene ebenso zu deren Ende geführt wie einst die Bipolarität des Kalten Krieges. In ihm wurde der Aktivdienstgedanke umgehend reaktiviert und das bekämpfte »Unschweizerische« mühelos von den rechtsextremen auf die linksextremen Diener des Auslands übertragen. Die militärische Widerstandsbereitschaft als Kernelement dieses Narrativs wich erst nach 1968 und nur allmählich der Analyse wirtschaftlicher Kooperation mit dem Dritten Reich. In den neunziger Jahren mussten die Schweizer ihre Weltkriegserinnerungen zusehends mit denen anderer Nationen und – in einer universalisierten Holocaustperspektive – vor allem der Juden messen und koordinieren. Genau dagegen protestierte Ende 1996 Bundespräsident Delamuraz in seinem skandalträchtigen Interview: »Wenn ich gewisse Leute höre, frage ich mich manchmal, ob Auschwitz in der Schweiz liegt.«⁷³ Delamuraz war kein Gegner der EU, im Gegenteil. Doch die Ablehnung der Forderung, den Holocaust und den Antisemitismus als Teil der nationalen Geschichte zu sehen, charakterisiert auch heute noch diejenigen Schweizer, die sich nur ihrem Vaterland, nicht aber einem politischen Europa – dem Ausland – zugehörig fühlen wollen. Dialogisches Erinnern ist Voraussetzung europäischer Identität; verweigerter Erinnerung ihre Negation.

⁷¹ Vgl. neben Rolf Hugosons Beitrag in diesem Band Thomas Maissen, *Vom Umgang mit Deutschland – und mit der eigenen Geschichte. Aspekte eines Vergleichs zwischen Schweden und der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs*, in: Eva Lindgren/Renate Walder (Hg.), *Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Beiträge zum interdisziplinären Symposium des Zentrums für Schweizerstudien an der Universität Örebro*, 30.09.–02.10.1999, Bern et al. 2001, S. 11–31.

⁷² Thomas Maissen, *Hochgemuter Pessimismus. Zum Selbstverständnis einer Generation*, in: *Neue Zürcher Zeitung* 166, 19. Juli 2000, S. 15.

⁷³ Dreyfus/Fischer, *Manifest* (Anm. 69), S. 13.